

Seit Monaten ringt Europa darum, die drohende Pleite von Griechenland abzuwenden. Die Griechen benötigen nicht nur weitere 12 Milliarden Euro an Geldmitteln, sondern sind auch gefordert, ein Sparprogramm von 28 Milliarden Euro umzusetzen. Widerstand regt sich sowohl bei den Geldgebern als auch bei den potenziellen Empfängern. Die Geldgeber bezweifeln die Fähigkeit beziehungsweise den Willen der Griechen, die Sparpläne umzusetzen. In den Ländern, die letztlich die Zeche zahlen sollen, regt sich massiver Widerstand gegen die Geldgeschenke. Obwohl das griechische Parlament den Sparplänen zugestimmt hat, bringt die griechische Bevölkerung mit den anhaltenden Protesten und Streiks ihre Ablehnung zum Ausdruck.

Aus unternehmerischer Perspektive vermisse ich bei dieser Debatte im Wesentlichen die im Rahmen von Kreditgeschäften üblichen Gepflogenheiten. Fremdkapital wird allgemein nur gegen Sicherheiten wie etwa Eigentumsvorbehalte gewährt. Im Fall der Überschuldung sind für Unternehmen – wie übrigens auch für Privatpersonen – die

BZKolumne



Artur Baldauf ist Professor für Unternehmensführung an der Universität Bern.

Unternehmertum statt Staatsapparat

einzuleitenden Verfahren gesetzlich klar geregelt. Im unternehmerischen Insolvenzfall deklarieren Gläubiger ihre Forderungen und entscheiden über ein vom Schuldner im Rahmen gesetzlicher Vorgaben eingebrachtes Angebot für die Entschädigung des Forderungsausfalles. Misslingt ein Ausgleich, dann ist der Weg zum Konkursrichter anzutreten.

Es ist legitim und entspricht unternehmerischem Denken, wenn vor diesem Hintergrund potenzielle Geldgeber nun Sicherheiten in Form von Beteiligungen einfordern. Benötigt man Fremdkapital – in der Regel zur Finanzierung nachhaltiger Geschäftsideen –, verlangen Gläubiger Sicherstellungen. Einträge in das Grundbuch sind bei Hypothekarkrediten zum Beispiel die Norm. Im Insolvenzfall sind dann Immobilien an Gläubiger abzutreten.

Was im Fall von Staaten im Allgemeinen und bei Griechenland im Besonderen unternehmerisches Unverständnis hervorruft, ist die Tatsache, dass Gelder verteilt werden, ohne grosse Sicherheiten einzufordern. Die Probleme werden erst dann erkannt, wenn Staaten den Zinsdienst

nicht mehr bedienen können beziehungsweise die Refinanzierung unmöglich wird. In letzter Konsequenz wird den Griechen nun rigoroses Sparen verordnet (was in vielen Fällen völlig berechtigt ist). Dies zieht aber den Unmut der Bevölkerung nach sich. Wer nichts besitzt, hat nichts zu verlieren und ist in letzter Konsequenz zu allem bereit – eine sehr gefährliche Situation. Griechenlands Probleme sind vor allem struktureller Natur, hervorgerufen durch Misswirtschaft und primär staatsinduziertes Ausgabenverhalten, das nicht darauf ausgerichtet war, substanzielle Werte zu schaffen. In der Vergangenheit ist politische Macht mit einem immensen Staatsapparat (in Griechenland ist etwa jede vierte Person im Staatsdienst) und damit verbundenen gewährten Privilegien erkaufte worden. Investitionen in Infrastruktur beziehungsweise in die Förderung von Innovationen wurden kaum getätigt. Das rächt sich heute.

Obwohl Sparen in der Not disziplinierende Effekte erzeugen kann, besteht bei der Lösung der prekären Lage eine diffizile Situation auch darin, dass durch die fehlenden (Gross-)Investi-

tionen des Staates der Wirtschaft notwendige Impulse entzogen werden. In einem Land, in dem Anreize für «öffentlich deklariertes» Unternehmertum nicht existieren, engagieren sich private Investoren nicht. Der Staat als wirtschaftlicher Stimulant wäre aktuell gefragt.

Neben notwendigen strukturellen Reformen benötigen die Griechen Anreize für Investoren. Bekanntlich prägen junge, dynamische Unternehmer massgeblich den Wohlstand eines Landes. Wenn für diese Anreize geschaffen werden, dann können unternehmerische Tugenden wie proaktives, innovationsorientiertes und risikobereites Verhalten die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes stärken und dessen nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum fördern. Eigenverantwortung und Innovationsgeist sind zentrale Triebfedern von funktionierenden Marktsystemen. Anstatt in einen ineffektiven Staatsapparat zu investieren, sind Investitionen in das Unternehmertum – dazu gehören auch Investitionen in die Förderung von Innovationen und Bildung – vorzunehmen.